

EUROPA

Politische Weichspüler

Die EU will ihre Vorgaben künftig mit harten Strafen erzwingen. Aber die Erfahrung zeigt, dass sie sich gegen große Länder schwerlich durchsetzen kann.

Wenn es darum geht, öffentlich mehr Integration zu fordern, lassen sich die meisten europäischen Staats- und Regierungschefs ungern von anderen übertreffen.

„Wir brauchen mehr Europa und nicht weniger“, sagt dann Bundeskanzlerin Angela Merkel. „Wir brauchen nicht weniger Europa, sondern mehr intelligente Integration“, meint auch Luxemburgs Premierminister Jean-Claude Juncker. Und Frankreichs Staatspräsident François Hollande beteuert: „Wir sind uns bewusst, dass die Euro-Zone eine gemeinsame Wirtschaftspolitik haben muss.“

Herman Van Rompuy scheint diese Bekenntnisse wörtlich zu nehmen. Beim Gipfel Ende nächster Woche will der EU-Ratspräsident ein kühnes Konzept vorlegen, mit dem die Währungsunion grundlegend umgebaut werden soll.

So will die EU-Kommission das Recht erhalten, Änderungen an den nationalen Haushaltsentwürfen nicht nur zu empfehlen, sondern auch durchzusetzen. Widersetzt sich eine Regierung, kann die Brüsseler Behörde Strafen verhängen.

In vielen Hauptstädten sind die Reformpläne des Belgieers allerdings umstritten. Denn die Erfahrung mit den vielen Regeln, über die Brüssel bereits jetzt in die Wirtschaftspolitik einzelner Krisenländer eingreifen könnte, sind eher abschreckend. Bislang müssen allenfalls die kleinen Länder EU-Sanktionen fürchten.

So drohte die Kommission Anfang des Jahres Ungarn, Fördergelder zu streichen. Schon lenkte der nationalistische Ministerpräsident Viktor Orbán ein. Schließlich werden 97 Prozent aller öffentlichen Investitionen in seinem Land von der EU maßgeblich finanziert.

Große Länder wie Spanien, Italien oder Frankreich mussten dagegen bisher nichts fürchten. Der für Sanktionen zuständige EU-Währungskommissar Olli Rehn weiß genau, mit wem er sich besser nicht anlegt.

Das „Europäische Semester“ beispielsweise soll die Wirtschaftspolitik der EU-Länder koordinieren. Für jedes Land arbeiten viele Eurokraten aufwendige Analysen und Empfehlungen aus – die in den



Proteste gegen Sozialabbau in Madrid im September: Drakonische Maßnahmen möglich

Hauptstädten häufig in den Papierkorb wandern. „Dem Europäischen Semester fehlen die Zähne“, sagt Manfred Weber, Vizechef der konservativen EVP-Fraktion im Europäischen Parlament.

Die EU-Parlamentarier haben in einer Studie die Empfehlungen der Jahre 2011 und 2012 verglichen und waren ernüchtert. „In vielen Ländern, auch in Deutschland, wurde kaum etwas umgesetzt“, sagt der Grünen-Abgeordnete Sven Giegold.

So kritisierte die EU-Kommission, dass Zweitverdiener in Deutschland wenig Anreize zur Arbeitsaufnahme haben, und empfahl, das Ehegattensplitting zu reformieren. Die Bundesregierung unternahm bislang nichts. Das Thema war ihr innenpolitisch zu heikel.

Selbst Länder wie Spanien zeigten sich stur. „Spanien hat Maßnahmen ergriffen, die in eine andere als die empfohlene Richtung gehen“, heißt es in dem Papier der EU-Parlamentarier über die Steuerpolitik Madrids.

Wie groß der Widerstand selbst gegen kleine Brüsseler Reformvorgaben ist, zeigt

sich beim letzten EU-Gipfel am 28. Juni. Zur Debatte standen die haushaltspolitischen Empfehlungen der EU-Kommission. Da wehrte sich Malta gegen die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters, der finnische Ministerpräsident fand die Debatte über das Renteneintrittsalter „sehr schwierig“, die Regierungschefs von Zypern, Belgien und Luxemburg wollten die automatische Kopplung der Löhne an die Teuerungsrate nicht aussetzen, und Bulgarien kritisierte die „schlechte Analyse“ der EU-Kommission.

Seit Dezember 2011 ist das „Six-Pack“ aus fünf Verordnungen und einer Richtlinie in Kraft, die schon jetzt drakonische Strafen vorsehen. Wenn der Europäische Rat der Meinung ist, dass ein hochverschuldetes Land „keine effektiven Maßnahmen zur Korrektur des exzessiven Defizits unternommen hat“, kann er eine Strafe von 0,2 Prozent der nationalen Wirtschaftsleistung verhängen. Allerdings: Strafen wurden bisher noch nie eingesetzt. Jede Sanktion kann vom Europäischen Rat mit einer qualifizierten Mehrheit abgelehnt werden.

Das neueste Spielzeug der Euro-Fans ist der Fiskalpakt, der immer noch nicht von allen Staaten ratifiziert ist. Danach sollen in Zukunft nur noch strukturelle Defizite in Höhe von 0,5 Prozent der Wirtschaftsleistung möglich sein. Die Regel, die maßgeblich von der Kanzlerin durchgesetzt wurde, klingt hart und verbindlich. Doch die politischen Weichspüler sind schon unterwegs.

Der Fiskalpakt werde die Souveränität des französischen Parlaments nicht einschränken, warb der französische Premierminister Jean-Marc Ayrault vergangene Woche in der Nationalversammlung um Zustimmung. Um die Intention des Paktes dann kurzerhand auf den Kopf zu stellen: „Der Vertrag beinhaltet keinerlei Zwang bezüglich der Staatsausgaben.“

CHRISTOPH PAULY, CHRISTOPH SCHULT



Reformer Rompuy
Kühner Umbau der Währungsunion